Offener Brief an Wolfhard Kirsch, Daniela Kirsch und an die wirtschaftlich Berechtigten der mit ihnen verbundenen Unternehmen im Immobilienbereich

Sehr geehrter Herr Kirsch,
Sehr geehrte Frau Kirsch,

Wohnen ist ein hohes Gut.
Es ist unser zu Hause, sorgt für Sicherheit, Identifikation und soziale Stabilität.

Geschäfte mit dem Grundbedürfnis und elementarem Menschenrecht „Wohnen“ sind **nicht** dafür da, Menschen aus diesem Zuhause zu verdrängen, ihnen ihr soziales Umfeld zu nehmen, ihnen Angst zu bereiten und es unbezahlbar zu machen.

Genau das geschieht aber in Potsdam seit vielen Jahren.

Über den Kauf von unsanierten Häusern in den 1990er Jahren, deren Entmietung und teure Sanierung, über die Umwandlung ganzer Mietshäuser in Wohneigentumsanlagen, über die Organisation von Verkäufen und Drohungen mit Eigenbedarfskündigungen haben Sie wesentlich dazu beigetragen, hunderte Menschen aus ihrem Stadtteil und ihrem Lebensumfeld zu vertreiben, gewachsene soziale Strukturen zu zerstören und Babelsberg zu einem für viele dort Wohnende kaum noch bezahlbaren Quartier zu machen.

Was Ihnen dabei fehlt, Herr Kirsch, ist Empathie und ein moralischer Kompass.

Sie stellen sich als erfolgreicher Unternehmer und Politiker dar, aber was aus den Menschen geworden ist, die deshalb aus- und wegziehen mussten – das interessiert Sie nicht.

Wer so seine Geschäfte betreibt, sollte Sie auch öffentlich machen.
Wir fordern Sie daher auf – **Nennen Sie uns Zahlen:** Wie viele Menschen konnten in den Häusern bleiben, nachdem Sie sich gekauft, teuer saniert, umgewandelt und weiterverkauft haben, in der Wattstraße, Siemensstraße, Dieselstraße, Breitscheidstraße und in vielen anderen Teilen Babelsbergs? Wie Viele haben ihre Wohnungen, in denen sie leben, wirklich selbst gekauft / kaufen können? Wie viele mussten aus Potsdam wegziehen? Wie viel Gewinn haben Sie mit der Umwandlung von Wald- in Baufläche in der Großbeerenstraße gemacht, als Sie diese Fläche schließlich an die „Deutsche Wohnen“ weiter verkauft hatten?
Sie haben Ihr Geschäftsmodell nie offen und transparent gemacht. Vor allem Mieter*innen haben meist keine Kenntnis darüber, ob Sie Ihnen gerade als Vermieter, Hausverwalter, Eigentümer, Geschäftsführer oder Vertreter einer Wohneigentümergemeinschaft die Wohnung wegnehmen.

Wo sind die Beweise für diese Vorwürfe?
Die Antwort ist klar: Es gibt seit Jahren Dutzende Mieter*innen, die uns, den Linken, auch anderen Medien, Mietervereinen und Nachbar*innen erzählen, wie es ihnen ergangen ist.
Fakt ist: Das Auftreten von Herrn Kirsch wirkt für viele Betroffene oft bedrohlich und erzeugt Zukunftsangst und schlaflose Nächte. Die persönliche Kontaktaufnahme per Telefon, nicht selten abends direkt an der Wohnungstür, die klaren Ansagen, dass „die Wohnung verkauft würde“ und sie ausziehen müssten ist existenzbedrohend. Dazu gehören auch Aufhebungsverträge, Ankündigungen von Eigenbedarfskündigungen und Wohnungsbesichtigungen. Ersatzwohnungen sind keine sozialverträgliche Lösung, sondern meist viel teurer und

liegen in einem völlig anderen sozialen Umfeld – mit nicht absehbaren Konsequenzen vor allem für Menschen, die auf andere angewiesen sind, wie Kinder, Menschen mit medizinischem oder Pflegebedarf oder einfach in jeder Hinsicht mobilitätseingeschränkten Personen, die auf ein funktionierendes Unterstützungsnetzwerk in der Nachbarschaft angewiesen sind.

Fakt ist: Das Spiel mit den Eigentums- und Rechtsstrukturen ist billig. Wahrscheinlich besitzt die „Kirsch & Drechsler Hausbau GmbH“ selber keine Wohnungen, aber beim Neubau von Wohnungen, beim Erwerb von Häusern, beim Umwandlungsprozess gibt natürlich immer auch Eigentümerinnen – sei es beim Bauträger, der Finanzierungsgesellschaft oder im Rahmen von Wohneigentümergesellschaften – sind Sie immer dabei. Und natürlich besitzen Sie, Herr Kirsch, **selbst Wohnungen in Potsdam.**

Und nein – so geht man eben nicht juristisch mit Kritiker*innen um. Natürlich drohen Sie Mieter*innen seit Jahren mit Klagen und prahlen auch mit juristischen Erfolgen.
Besonders bitter ist: Tatsächlich trauen sich genau deshalb viele Betroffene eben nicht, sich öffentlich zu äußern. Sie haben nicht nur Angst vor Unterlassungsklagen, sondern auch davor, auf dem knappen Wohnungsmarkt, den Sie in Potsdam seit Jahren mit zu verantworten haben – keine Wohnungsangebote mehr zu bekommen.

Auf dieser Basis kann man keinen **lebendigen Dialog** führen: Einerseits die fehlenden Fakten und Aussagen beklagen, andererseits diejenigen zu verklagen, die bereit sind, diese öffentlich zu benennen.Das ist pure Heuchelei.
Wenn selbst die **Redaktionen der Potsdamer Lokalzeitungen** seit Jahren Geschichten und Erzählungen betroffener Mieter*innen **NICHT** veröffentlichen, weil ihre Justiziare Klagen von Ihnen befürchten, läuft etwas gewaltig schief.

Dazu kommt ein klarer **Interessenkonflikt**, weil Sie sich seit

vielen Jahren in politische Gremien dieser Stadt wählen lassen. Einen solchen können Sie hundertmal bestreiten, aber wer so wie Sie seit Jahrzehnten beliebig die Partei wechselt, um wieder an die Futtertröge der Macht und Information in Potsdam zu gelangen, muss sich diesen Vorwurf nun mal gefallen lassen. Ihr Wechsel von **SPD zu Bürgerbündnis (hier war auch die FPD mit dabei) und nun zur CDU** hat mehr als nur ein Geschmäckle. Ob Sie sich im Bauausschuss enthalten oder nicht, ist überhaupt nicht die Frage. Ihnen geht es um Informationen und politische Einflussnahme. Sie haben immer gegen Milieuschutzgebiete, das Baulandmodell und alle Maßnahmen zum Schutz von Mieterinnen gestimmt und auch dagegen geklagt.
Sie haben mit dem Wissen um vorhandenes Bauland und über das sogenannte Investorentreffen an den für Sie richtigen Stellen investiert.
Dieses politische Engagement rechnet sich für Sie.

Mit **beruflicher Kompetenz** haben viele Ihrer Auftritte wie bei den Versammlungen zur Vorbereitung des „Wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam“ oder die Auftritte Ihrer Frau beim Mieter*innentreffen im Thalia wenig zu tun. Im Gegenteil – Sie bedienen immer wieder längst wissenschaftlich **widerlegte Behauptungen** darüber, wie wichtig ein „Bauen, Bauen, Bauen“ wäre und wie hoch der Anteil von Selbstnutzer*innen beim Verkauf von Eigentumswohnungen ist.
Das ist blanke Ideologie als Profiteur dieses aus den Fugen geratenen Marktes und kein Fachwissen.

Deshalb sehen wir wenig Sinn in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung.
Wir leben in zwei völlig unterschiedlichen Welten und haben zwei unterschiedliche Perspektiven.
Sie blicken auf Ihre Bankkonten und was Ihnen die Umwandlung und der Verkauf der Wohnungen in der Breitscheid – und Großbeerenstraße bringt.
Wir hören jede Woche die traurigen und dramatischen Geschichten der betroffenen Menschen.

Jede neue **Eigenbedarfskündigung, jede neue Verdrängung, jede neue Umwandlung** sorgt bei diesen für Frust und Resignation, auch gegenüber der Stadt, in der sie bisher leben und der Gesellschaft.

Das ist schädlich für eine **lebendige Demokratie.**
Die lebt von Beteiligung und dem Gefühl der Menschen, sich gehört und sicher zu fühlen.
Genau das aber zerstören Sie mit Ihren Geschäften seit über 30 Jahren in Potsdam.

Hören Sie auf damit, Herr Kirsch.

Wir aber machen weiter.
Mit der Kampagne und Petition für ein Umwandlungsverbot und eine neue Kündigungssperrfrist bei Eigenbedarfskündigungen zerstören wir Ihr Geschäftsmodell.

Mit freundlichen Grüßen,

Holger Zschoge/ Sprecher Netzwerk „Stadt für alle“